

Antrag
Antragsteller: Norbert Arntz, Kleve
Antrag an die Diözesanversammlung von pax christi Münster am 24.8.2024
Thema: <ol style="list-style-type: none"> 1. Unterzeichnung der „Petition für einen gerechten Frieden in Gaza“ 2. Unterzeichnung des Aufrufs zur Friedensdemonstration am 3.10.84 Berlin „Nein zu Deutschland als Kriegspartei – Nein zu neuen Mittelstreckenraketen!“
Die Diözesanversammlung möge folgenden Antrag beschließen: <ol style="list-style-type: none"> 1. Der „Pax Christi“-Diözesanverband Münster unterstützt die „Petition für einen gerechten Frieden in Gaza“, die CARE Deutschland e.V., IPPNW Deutschland, medico international, NRC Flüchtlingshilfe Deutschland, Oxfam Deutschland e.V., pax christi, Deutsche Sektion e.V. und Weltfriedensdienst e.V. gemeinsam initiiert haben. Damit macht der Verband sich zugleich die wiederholt dringlich vorgetragenen Aufrufe von Papst Franziskus zu Eigen. 2. Der „Pax Christi“-Diözesanverband Münster unterstützt und unterzeichnet den Aufruf der Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“ zu einer Friedensdemonstration am 3. Oktober in Berlin.
Begründung: <ol style="list-style-type: none"> 1. Es wird höchste Zeit, dass kirchliche Einrichtungen insgesamt, jedoch Pax-Christi insbesondere, ihr Friedensengagement konkretisieren, wie es der Diözesanverband im vergangenen Jahr bereits bewiesen hat. Weitere Aktivitäten in diesem Sinne kann die Unterstützung der beiden oben erwähnten Aufrufe anregen. Deren Begründung sollte sich der Diözesanverband zu Eigen machen. Dazu werden die Texte als Anlage beigefügt. 2. Zugleich sind die unermüdlichen Friedensappelle und diplomatischen Bemühungen von Papst Franziskus von deutscher Seite aus entschiedener zu unterstützen, als das bisher geschehen ist. Bereits 2014 hatte Papst Franziskus den Zusammenhang von Krieg und Wirtschaftsinteressen adressiert, als er den Sozialen Bewegungen in Rom sagte: <i>„Wir stecken mitten im dritten Weltkrieg, allerdings in einem Krieg in Raten. Es gibt Wirtschaftssysteme, die um überleben zu können, Krieg führen müssen. Also produzieren und verkaufen sie Waffen. So werden die Bilanzen jener Wirtschaftssysteme saniert, die den Menschen zu Füßen des Götzen Geld opfern.“</i> (Rom, 28. Okt. 2014) Und wiederum am 1. Mai 2024: <i>„Leider sind heute die Investitionen, die am meisten Geld einbringen, die Waffenfabriken. Schrecklich, mit dem Tod Geld zu verdienen. Wir bitten um Frieden, es möge Frieden sein.“</i>
Kleve, den 21. August 2024
Norbert Arntz, Triftstr. 53, 47533 Kleve Email: Norbert.Arntz@t-online.de


Petition für einen gerechten Frieden in Gaza

<https://www.openpetition.de/petition/online/fuer-einen-gerechten-frieden-in-gaza-waffenexporte-stoppen-hilfsblockade-beenden>

Heute haben sieben Organisationen eine Petition mit dem Titel „Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!“ gestartet. Mit der Petition fordern namhafte NGOs gemeinsam mit lokalen Initiativen die Bundesregierung unter anderem dazu auf, keine Rüstungsgüter mehr nach Israel zu exportieren, wenn die Gefahr besteht, dass sie völkerrechtswidrig eingesetzt werden. Die Bundesregierung hat bekräftigt, trotz zahlreich dokumentierter Völkerrechtsverletzungen weiter Waffen an Israel liefern zu wollen. Die Petition ist ein zivilgesellschaftlicher Protest gegen diese Absichtserklärung. Sie stellt acht Forderungen an die Bundesregierung, ihre politische Reaktion auf den Krieg in Gaza grundsätzlich zu ändern.

Die Petition wurde auf der Plattform openPetition veröffentlicht und kann unter diesem Link eingesehen und unterschrieben werden: <https://openpetition.de/!pxyv>

„Statt Waffen zu liefern und damit Öl ins Feuer zu gießen, sollte die Bundesregierung alles tun, um die Situation zu deeskalieren. Sie muss sich gegenüber der israelischen Regierung mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass in Gaza ein Waffenstillstand zu Stande kommt. Die Gewalt im Westjordanland muss gestoppt und die illegale Besatzung beendet werden“, so Gerold König, Bundesvorsitzender von pax christi.

Tsafrir Cohen, Geschäftsführer der Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international, stellt fest: „Die Bundesregierung versucht zu verhindern, dass israelische Kriegsverbrechen in Den Haag verhandelt und strafrechtlich verfolgt werden. Damit verliert sie nicht nur weltweit zunehmend an Glaubwürdigkeit, sondern unterwandert auch die internationale Gerichtsbarkeit und fördert so eine Kultur der Straflosigkeit.“

Serap Altinisik, Vorstandsvorsitzende von Oxfam Deutschland e.V.: „Die Menschen in Gaza sind aufgerieben von Bombardements und Blockade. Mehr als eine halbe Million leidet unter katastrophalem Nahrungsmittelmangel. Pro Person und Tag gibt es weniger als fünf Liter Wasser für Trinken und Hygiene – weniger als ein Drittel des in Notsituationen erforderlichen Minimums. Humanitäre Hilfe kann das Leid zwar etwas mindern, aber keine Politik ersetzen. Die Bundesregierung darf deshalb nicht länger tatenlos zusehen, wie die israelische Regierung die Beschneidung der Wasserversorgung als Mittel der Kriegsführung einsetzt.“

Dr. med. Angelika Claußen, Vorsitzende der ärztlichen Friedensorganisation IPPNW, fügt hinzu: „Das Menschenrecht auf Leben und Gesundheit wird in Gaza täglich verletzt. 40.000 Menschen kamen bereits direkt durch Angriffe des israelischen Militärs ums Leben. Die Zahl der Toten liegt jedoch um ein Vielfaches höher, wenn man sie nach internationalen Public Health-Maßstäben misst und all jene hinzu zählt, die durch zerstörte Gesundheitsinfrastruktur, Hunger,

Wassermangel und fehlende sanitäre Einrichtungen starben. Die Rettung von Menschenleben muss für die Bundesregierung jetzt oberste Priorität haben!“

Die Petition wurde initiiert von:

CARE Deutschland e.V.
IPPNW Deutschland
medico international
NRC Flüchtlingshilfe Deutschland
Oxfam Deutschland e.V.
pax christi, Deutsche Sektion e.V.
Weltfriedensdienst e.V.

Sie wird von zahlreichen weiteren Organisationen unterstützt.

Pressekontakte:

Frederic Jage-Bowler, IPPNW Deutschland: 030 698074-15, jagebowler@ippnw.de

Anne Jung, medico international: 0151 17165769, jung@medico.de

Zoe-Marie Lodzik, NRC Flüchtlingshilfe Deutschland: 0151 57860663, zoemarie.lodzik@nrc-hilft.de

Annika Zieske, Oxfam Deutschland e.V.: 030 45 30 69 715, azieske@oxfam.de

Gerold König, pax christi, Deutsche Sektion e.V.: 0178 3431107, g.koenig@paxchristi.de

Stefanie Wurm, Weltfriedensdienst e.V.: 030 253990-18, wurm@wfd.de



Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität

Die Situation in Europa und Nahost entwickelt sich gefährlich in Richtung Großkrieg. Statt sich für Frieden einzusetzen, liefert der Westen - einschließlich der Bundesregierung - immer mehr Waffen und beschleunigt die Eskalation durch die Erlaubnis, diese auch gegen russisches Gebiet einzusetzen. Atomwaffen werden wieder einsatzfähig gemacht. Die deutsche Regierung rüstet auf wie nie zuvor. Wir alle sollen kriegstüchtig gemacht werden. Eine „neue“ Wehrpflicht droht. Das Geld für die Hochrüstung fehlt bei Krankenhäusern und Pflege, Rente und Sozialleistungen, Bildung und Kitas, Bahn und Nahverkehr. Globale Herausforderungen, die weltweit nur gemeinsam gelöst werden können, um den Generationen, die uns folgen, eine lebenswerte Welt zu erhalten, werden nicht in Angriff genommen.

Den Frieden gewinnen – jetzt oder nie!

Deshalb:

Verhandlungen zur sofortigen Beendigung des Krieges in der Ukraine und in Gaza!
– Keine Waffenlieferungen an die Ukraine, Israel und in alle Welt!

Atomwaffen raus aus Deutschland und Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen!
– Keine Modernisierung der Atomwaffen und keine atomare Teilhabe! Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!

Friedenserziehung an Schulen und Aufrechterhaltung der Zivilklausel an Universitäten und Hochschulen!

– Keine Bundeswehr an Schulen und keine „neue“ Wehrpflicht!

Recht auf Kriegsdienstverweigerung überall!

– Keine Zwangsrekrutierung!

Abrüstung! Geld in Bildung, Gesundheitswesen, Klimaschutz und Infrastruktur investieren, Sozialstaat ausbauen!

– Keine Milliarden in die Rüstung!

Demokratischen Meinungs-austausch fördern, sachliche Berichterstattung ermöglichen!

– Keine Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit!

Frieden und Sicherheit gehen nur gemeinsam.

Es ist kurz vor 12! Widerstand und Protest – jetzt!

Geht auf die Straße, bildet Initiativen, wehrt euch, seid kreativ, wehret den Anfängen, die schon längst keine mehr sind!!!

**Kommt alle zur bundesweiten Friedensdemonstration
am 3. Oktober um 12:30 Uhr nach Berlin!!!**

Es liegt an uns!

Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“

Yusuf As, Reiner Braun, Wiebke Diehl, Andreas Grünwald, Rita-Sybille Heinrich,
Jutta Kausch-Henken, Ralf Krämer, Willi van Ooyen, Christof Ostheimer, Peter Wahl

**Spenden bitte auf das Konto der Friedens- und Zukunftswerkstatt
bei der Frankfurter Sparkasse, IBAN DE20 5005 0201 0200 0813 90,**